

Kannerschlass an Indianerheip

Bereits im Frühjahr 2000 hatte die Regierung versprochen 3.000 außerschulische Betreuungsplätze für Primärschulkinder schaffen zu wollen. Obwohl diese Aktivitäten mehr oder weniger direkt zum schulischen Bereich gehören, hat die Regierung die Familienministerin beauftragt, die Vorhaben zu bündeln. Zumindest optisch soll das Ganze weniger nach Schule und eher nach "Kannerschlass oder Indianerheip" aussehen - so Marie-Josée Jacobs gegenüber der Presse. Eine Inventur der bestehenden Angebote zeigt, dass es zwar einige gut organisierte Vorreitergemeinden gibt, doch ist die Versorgung über das ganze Land gesehen mehr als dürrtig. Als Ansporn an die Kommunen sieht die Regierung eine finanzielle Beteiligung in Höhe von 50 Prozent bei den Infrastrukturkosten und bei der Fehlbedarfsfinanzierung der laufenden Kosten vor. Vier Millionen Euro sieht hierfür der Haushalt für 2002 vor - ein "crédit non limitatif", der bei Bedarf nach oben hin revidiert werden kann. Ob allein die Perspektive einer finanziellen Beteiligung des Staates die Nachzügler allerdings anspornen wird, mehr zu tun, glaubt selbst die Ministerin nicht so ganz. Sie erhofft sich deshalb einen verstärkten Druck von der Basis, das heißt der Elternorganisationen.

Clearstream defintiv ohne Lussi

Der neue Chef von "Clearstream", André Roelants, ließ gegenüber der Presse keinen Zweifel aufkommen: Seine Gesellschaft wird sich definitiv von André Lussi, der infolge der gerichtlichen Untersuchungen im Zusammenhang mit "Blanchiment"-Vorwürfen gegenüber der Luxemburger Clearing Gesellschaft beurlaubt worden war, trennen. Obwohl die Hauptvorwürfe seitens der Staatsanwaltschaft inzwischen entkräftet wurden, wird Lussi nicht auf seinen Posten zurückkehren. Die Untersuchungen liefen weiter, und Clearstream sei eine für Luxemburg und die Finanzwelt zu wichtige Institution, als dass sie kopflos weiterarbeiten könnte. Dennoch beteuerte Roelants, Clearstream und Lussi hätten einen "common interest", die ganze Affäre lückenlos aufzuklären. Clearstream habe einen enormen Imageverlust erlitten, den es durch ein eindeutige Widerlegung aller Anschuldigungen rückgängig zu machen gelte. Deshalb werde auch gegen die Autoren des Buches "Révélation\$", die das Ganze ausgelöst hatten, prozessiert. Lussi wird derweil seine Abstandszahlung, die ihm als geschasstem Manager zusteht, genüsslich in die Höhe treiben. Schließlich dürfte der wahre Grund seiner Suspendierung in den atmosphärischen Störungen zwischen Lussi und der deutschen Anteilseignerin von Clearstream, Deutsche Börse, liegen.

Etappensieg für die Homoehe light

Homosexuelle Paare in Deutschland können sich von August an als Lebenspartnerschaften eintragen lassen. Das Bundesverfassungsgericht lehnte am Mittwoch Eilanträge der Länder Bayern und Sachsen ab, das Gesetz zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft vorläufig zu stoppen. Lesbische und schwule Paare können sich dann amtlich registrieren lassen und einen gemeinsamen Namen tragen. Im Erbfall haben sie einen gesetzlichen Anspruch auf einen Pflichtteil, im Falle von Kindern erhält der/die PartnerIn das 'kleine Sorgerecht', eine geschmälerierte Variante des Sorgerechts für heterosexuelle Paare. Ausländische Partner sind ausländischen Ehepartnern gleichgestellt, das heißt, sie haben das Recht, zu ihrem Partner nach Deutschland zu ziehen. Mit ihrer Entscheidung haben die Richter allerdings noch nicht abschließend über die Verfassungsmäßigkeit der "Homo-Ehe" entschieden. Bayern, Sachsen und Thüringen halten ihre Klagen gegen das Bundesgesetz aufrecht und wollen die Reform für verfassungswidrig erklären lassen. Immerhin: Dass der Eilantrag abgelehnt wurde, wird als Hinweis beurteilt, dass das Gesetz nach Ansicht der Richter-Mehrheit verfassungskonform ist.

ERNEUERBARE ENERGIEN

(Noch) nichts zum Sonnen

Im Vorfeld des Klimagipfels hat die EU eine Direktive zur Förderung erneuerbarer Energien verabschiedet. Luxemburg tut sich schwer damit, einen Anfang zu finden.



Solararmbanduhr - auch förderungswürdig?

(RK) - In puncto CO₂-Ausstoß pro Kopf ist Luxemburg Spitzenreiter in Europa. Dafür hat sich die Regierung auch verpflichtet, diesen Wert besonders stark zu senken: bis zum Jahr 2010 um 28 Prozent gegenüber 1990. Eines der Mittel hierzu ist die Förderung erneuerbarer Energien. In der am 3. Juli verabschiedeten EU-Direktive verpflichtet sich Luxemburg, den Anteil von erneuerbaren Energiequellen in der nationalen Stromversorgung bis 2010 auf 5,7 Prozent zu erhöhen. Mit dieser Zielvorgabe ist es Schlusslicht in Europa: Das EU-Gesamtziel liegt bei 22 Prozent.

Noch im September vergangenen Jahres hatte Umweltminister Charles Goerens verkündet, dieser Anteil solle auf zehn Prozent steigen. Die gleiche Zahl fand sich im CO₂-Reduktionsstrategiepapier und im Entwurf des "Plan national pour un développement durable" (PNDD) wieder. Doch während der Nachhaltigkeitsdebatte in der Chamber erklärte ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums: "... le taux de 10% que l'on retrouve dans une publication du Ministère de l'Environnement me paraît rele-

ver soit d'une erreur d'impression soit d'une vision utopique, totalement irréaliste." Der Mouvement Ecologique klagte in einem Communiqué: "Hier verfolgen zwei Ministerien - die theoretisch beide für die Durchführung energiepolitischer Prioritäten zuständig sind - eine gegensätzliche Politik."

Die Ersten, die Letzten?

Es sieht so aus, als habe Wirtschaftsminister Henri Grethen das letzte Wort behalten: In der endgültigen Fassung des PNDD ist nur noch von fünf Prozent die Rede, und auch die EU-Verhandlungen mit dem 5,7-Prozent-Ergebnis wurden von ihm geführt. "Zehn Prozent zu erreichen, das wäre extrem schwierig", so Charles Goerens gegenüber der WOXX. Bei den derzeit erreichten 2,1 Prozent sei die Wasserkraft nahezu ausgereizt, die Windenergie-Nutzung stoße auch an Grenzen, und mit der Biomasse gehe es nur langsam voran. "Luxemburg muss auf die Photovoltaik setzen, aber ein Prozent mehr davon ist schwieriger zu erreichen als zum Beispiel zehn Prozent mehr Windkraft in Dänemark", so der Umweltminister.

STUDENTENWOHNHEIME

Wanted: Wohnraum für Studis

Ausländische Studierende haben es schwer, eine bezahlbare Unterkunft zu finden. Der geplante Neubau von 500 Wohnungen ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(ik) - Wer sie im Internet sucht, surft meistens vergeblich: Die A.s.b.l. "Wunnraum fir Studenten (WfS)" hat zwar eine eigene Homepage (www.webplaza.pt.lu/public/wfs/), doch wer sie nicht schon kennt, muss detektivisch vorgehen: Weder unter den Stichwörtern "Student" oder "Wohnraum", noch auf den Sites der zwei größten luxemburgischen Studentenorganisationen "Association des Cercles d'Etudiants Luxembourgeois" (ACEL) und "Union Nationale des Etudiants Luxembourgeois" (UNEL) taucht der Verein auf. Erstaunlich, ist WfS doch eine, wenn nicht die wichtigste Adresse für Studierende in Luxemburg auf Wohnungssuche. "Wir arbeiten nicht zusammen", erklärt François Carbon. Der Direktor der vor fast zehn Jahren ins Leben gerufenen Initiative hält



nicht viel von den beiden Organisationen. "Die sind zu sehr auf sich, auf die luxemburgischen Studierenden fixiert", kritisiert der ehemalige

Heilpädagoge. Diese Ausrichtung verträgt sich nicht mit den Zielen und Motiven der A.s.b.l.: Unterkünfte für StudentInnen aus aller Welt zu vernünftigen Preisen zu stellen, gehört ebenso dazu wie der Versuch, einen "offenen Treffpunkt" und verschiedene Angebote für junge Menschen unterschiedlicher Nationalität und kultureller Hintergründe anzubieten.

Anfragen aus aller Welt

Außer in den rund 300 Privatzimmern bei Familien, die über die angegliederte Mitwohnzentrale vermittelt werden, können Studierende in den sieben vom Verein angemieteten und entsprechend umfunktionierten Studentenwohnheimen unterkommen.

Die Idee von Gemeinschaftsküche und -bad kommt offenbar an: Die BewerberInnen für die Wohnheimplätze kommen aus allen Ecken der Welt. Ihre Zahl hat mittlerweile die 2.000 überschritten, Tendenz weiter steigend. Carbon geht davon aus, dass mit dem Entschluss der Regierung, bis zum Jahr 2006 auch in Luxemburg eine vollwertige Universität zu etablieren, die Zahl der Studien-Einschreibungen von heute 2.500 auf bis zu

In der kommenden Woche soll das Großherzogliche Reglement über die Investitionsbeihilfen in Kraft treten - rückwirkend vom 1. Januar, wie der Minister präzisiert. Das Reglement über die subventionierten Einspeisetarife für Strom aus erneuerbaren Quellen dagegen wird noch immer von den EU-Wettbewerbsbehörden zurückgehalten. Sollte das Subventionsmodell abgelehnt werden, so will sich Charles Goerens für die Einführung des deutschen Modells - Umlage der Förderkosten auf alle Stromverbraucher - stark machen. "Unser Einspeisetarif für Solarenergie ist der höchste in Europa. Zusammen mit einer guten Beratung hätten wir die besten Fördermaßnahmen überhaupt", unterstreicht der Umweltminister. Fehlende Beratung ist allerdings einer der Kritikpunkte des Mouvement Ecologique. Charles Goerens findet Beratungsstellen auf Gemeindeebene, wie bei der "Energiberodung Réiden", am wirkungsvollsten: "Die Gemeinden sollten in Beratung investieren, statt kommunale Beihilfen zusätzlich zu den staatlichen zu gewähren." Daneben hat das Umweltministerium einen "Guide de l'utilisateur" ausgearbeitet - der könne aber erst erscheinen, wenn die Sache mit den Einspeisetarifen geklärt ist, so der Minister.

4.000 Studierende steigen wird. PraktikantInnen seien in dieser Hochrechnung noch nicht berücksichtigt. Vor allem für sie, aber auch für ausländische StudentInnen mit wenig Geld gestaltet sich die Wohnungssuche in Luxemburg extrem schwierig, denn Mietwohnraum ist seit Jahren knapp. Allzu oft müssen Wohnungssuchende horrend Preise für Unterkünfte bezahlen, die alles andere als wohnlich sind. Da sind die 8.000 bis 14.000 LUF, die ein Wohnheimbewohner hinblättern muss, schon eher zu bezahlen. Immerhin: Die Häuser sind bis auf die Gabel im Küchenschrank ausgestattet und liegen bis auf eines alle zentral in der Stadt Luxemburg. Neben Putzdiensten im Haus gibt es bei Bedarf psychologische Beratung sowie ein breit gefächertes Kulturangebot. Das Hochschulministerium hat nun den Bau von 500 weiteren Wohnplätzen angekündigt. Bis Ende diesen Jahres, das hat der Ministerrat beschlossen, sollen konkrete Pläne vorliegen. Dann sollen neben den klassischen Wohnheimen auch Appartements, kinder- und behindertengerechte Wohnungen entstehen. Eine lobenswerte Initiative, findet Carbon. Für ihn ist aber eine adäquate Infrastruktur genauso wichtig. Dazu gehören neben ansprechenden Verkehrsverbindungen von der Wohnunterkunft zum Studienort auch soziokulturelle Angebote vor Ort für die angehenden AkademikerInnen.